

Bezahlbares Wohnen ...

... in Großstädten, Universitätsstädten und Metropolregionen – 8 Gedanken zum Thema

Familien finden in Ballungsräumen oft keinen angemessenen und bezahlbaren Wohnraum. Dieses Problem lässt den Familienbund in der Diözese Rottenburg Stuttgart und der Erzdiözese Freiburg nicht los. In der Analyse und nach vielen Gesprächen zeichnen sich verschiedenen Ansatzpunkte zur Weiterarbeit ab.

1 Das Grundrecht auf Wohnen darf keine leere Floskel bleiben – dies ist eine Grundvoraussetzung für alle Überlegungen zum Thema. Gesellschaft und Politik müssen wieder erkennen, dass „Wohnen“ kein Wirtschaftsgut, sondern ein Sozialgut sein muss. Die Menschen ziehen dem Arbeitsangebot folgend in die Städte, hier entsteht der Mangel an Wohnraum, die Preise steigen. Bezahlbarer Wohnraum muss auch in den Ballungszentren geschaffen werden.

2 20% der Bevölkerung haben es besonders schwer am Wohnungsmarkt in Ballungsräumen: Familien mit mehr als zwei Kindern, Familien mit behinderten Angehörigen, Alleinerziehende, alleinstehende Rentner/innen finden kaum angemessenen, bezahlbaren Wohnraum.

3 Die bestehende Not der o.g. Bevölkerungsgruppen ist schon länger bekannt. Jetzt stehen die Kommunen vor der Herausforderung zusätzlich für die Menschen, die bei uns Zuflucht vor Krieg und Vertreibung suchen, Wohnraum zu schaffen. Dem Familienbund ist es äußerst wichtig, dass eine transparente Gleichbehandlung beider Gruppen erfolgt. Soziale Spannungen zwischen den Menschen, die jetzt schon keinen angemessenen Wohnraum finden und Flüchtlingen müssen vermieden werden!

4 In den letzten 10 Jahren gab es quasi keinen sozialen Wohnungsbau. Die Defizite im Sozialen Wohnungsbau der vergangenen 10 Jahre müssen durch die Länder und die Kommunen behoben werden. Diese Aufgabe braucht höchste Priorität. Die Anteile an sozial gebundenen Wohnungen vom Land und den Kommunen müssen mindestens 20% des Gesamtwohnungsmarktes erreichen. Berücksichtigt man den Wohnraumbedarf für Flüchtlinge, muss diese Quote noch erhöht werden.

5 Es ist unverständlich, dass Wohnungen länger leer stehen. Sie sollten – nach sechs Monaten Leerstand – wieder belegt sein. Bei längeren Leerständen sollten die Wohnungsanbieter steuerlich belastet werden. Es muss alles getan werden um Wohnungsleerstände zu vermeiden.

6 Die Umwidmung von leerstehenden gewerblich genutzten Räumen sollte erheblich vereinfacht werden und die Flut von Auflagen und bürokratischen Hemmnissen sollte auf ein zwingend notwendiges Mindestmaß beschränkt werden. Die Nutzung einer Wohnung darf nicht am fehlenden Fahrradstellplatz scheitern, deshalb sollten bei der Umwidmung von Wohnraum, bei Verdichtung und Modernisierung alle Auflagen auf den Prüfstand. Sicherheitsrelevanten Auflagen müssen natürlich erhalten bleiben. Der Familienbund ist der Ansicht, dass die Modernisierung von Wohnraum größere Priorität als der Abriss haben sollte.

7 Verschiedene Untersuchungen haben gezeigt, dass sich die Lebenssituation von armutsgefährdeten Menschen besonders nachhaltig zum Besseren wendet, wenn Projekte unter Beteiligung der Betroffenen die drei Themen Wohnen, Bildung und Arbeit verknüpfen. Es wäre gut, wenn solche Projekte an vielen Orten angestoßen werden.

8 Wenn junge Familien sich nur abseits der Ballungszentren, auf dem Land, Wohneigentum leisten können, fördert dies die Überalterung in den Metropolregionen. Für junge, wachsende Familien sollte die steuerliche Eigentumsförderung sozial ausgewogen wieder eingeführt werden.

Willi Stadler und Beate Gröne

Familienbund der Katholiken, Diözese Rottenburg-Stuttgart

FAMILIENBUND SPRACH MIT LANDTAGSPRÄSIDENTEN WILFRIED KLENK

Der Vorstand des Familienbundes, Landesverband Baden-Württemberg, sprach am 25. September mit Landtagspräsident Klensk über seine Arbeit. Zur Kampagne **ELTERNKLAGEN** informierte Stephan Schwär, Diözesanvorsitzender des Familienbundes Freiburg, über den Stand Musterklagen „Beitragsgerechtigkeit für Familien in den Sozialversicherungen“, die am 30.09.15 vorm Bundessozialgericht verhandelt werden. Willi Stadler, Mitglied im Diözesanvorstand des Familienbund Rottenburg-Stuttgart erläuterte mit welchen Forderungen sich der Familienbund für bezahlbaren Wohnraum für Familien einsetzt. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, durch unterschiedlichste Maßnahmen müsse in der Politik Priorität bekommen, so Stadler. Die Notwendigkeit von für kinderreiche Familien und Familien mit geringen Einkommen **bezahlbarem Wohnraum** zu schaffen, dürfe nicht gegen die Dringlichkeit für Flüchtlinge Wohnungen zu finden ausgespielt werden. Beides sei gleich wichtig und muss mit gleicher Priorität vorangetrieben werden, darin waren sich Familienbund und Landtagspräsident Klensk einig.



Bild Andreas Kaier, v.l.n.r., vordere Reihe: Stephan Schwär, Wilfried Klensk, Beate Gröne, Willi Stadler, hintere Reihe: Georg Zimmermann, Karlheinz Heiss